

Ast für Ast

Ein Forderungskatalog zum Schutz von Bäumen wird derzeit in den Stadtviertel-Gremien recht unterschiedlich diskutiert

Schwanthalerhöhe/Feldmoching – Jeder Baum zählt in einer dicht besiedelten Stadt wie München, allein schon des Klimaschutzes wegen. Um den Baumschutz zu stärken, hat der Bund Naturschutz gemeinsam mit Baumschutzbeauftragten der Bezirksausschüsse (BA) einen 21 Punkte umfassenden Forderungskatalog an die Stadt aufgestellt, der derzeit alle Bezirksausschüsse durchläuft. In vielen Stadtvierteln haben die Gremien dem Antragspaket schon zugestimmt, einige allerdings erst nach hartnäckigem Herumnagen an einzelnen Punkten.

Auf der Schwanthalerhöhe war man mit dem Ziel eigentlich völlig d'accord, biss sich aber am Formalen fest. Vor allem auf SPD-Seite fiel einige Male das unfreundliche Wort „Schaufensterantrag“. Für einige der Forderungen – zum Beispiel, dass Baurecht nicht länger Baumrecht brechen soll – sei die Stadt doch gar nicht zuständig, hieß es von Seiten der SPD. „Uns als Gremi-

um sollte es aber nicht wurscht sein, wer der Adressat eines Antrages sein muss“, erklärte Ulrike Boesser. Willi Mundigl (SPD) schlug deshalb vor, aus dem Paket einzelne Punkte herauszulösen und „in zielführende BA-Anträge“ zu verpacken. Die Befürworter hielten dagegen, dass die Stadt doch auch bei anderen Themen Forderungen oder Bitten um Stellungnahmen an die Zuständigen, ob in Landes- oder Bundesbehörden, bei Post oder Bahn, weiterleitet. Und durch die Voten aus den anderen Stadtvierteln müsse sich die Verwaltung ohnehin mit dem Gesamtpaket befassen. „Es geht um ein Signal, um Unterstützung des Bundes Naturschutz“, warb Daniel Güntehör (Grüne), „wir, als für Ökologisches offener BA, sollten da zustimmen.“ Mit sieben zu sieben Stimmen – Grüne und CSU dafür, SPD und FDP dagegen – fiel das Papier dann denkbar knapp durch.

Der Bezirksausschuss Feldmoching-Hausenberg schloss sich in seiner Sitzung am



Unser Freund, der Baum: Über richtige Wege, diese Pflanzen mitten in der Stadt zu schützen, wird diskutiert. FOTO: PELJAK

Dienstag dem Paket grundsätzlich anstrich aber sechs Anträge aus dem Katalog und schrieb einiges um. Manche der Anliegen seien einfach „nicht praktikabel“ erschienen, begründet das Vorsitzender Markus Auerbach (SPD). Nach Ansicht des Gremiums beschneiden die Maßnahmen zum Teil zu sehr den Privatbereich der Bürger; „eine Überwacheritis wollen wir nicht“, sagt Auerbach. Aus diesem Grund fordert der BA, dass sich der Baum-Masterplan und ein geplantes Kataster einzig auf Bäume beziehen, die auf öffentlichem Grund stehen.

Die Forderung des Bundes Naturschutz, dass jeder gefälltete Baum durch einen neu gepflanzten ersetzt werden muss, schränkten die Stadtviertelpolitiker im Norden mit dem Zusatz ein – nur, wenn der Baum ortsbildprägend gewesen ist. Als Ersatzpflanzungen sollten zudem auch Sträucher zugelassen sein, wenn das Grundstück sehr klein ist. **SON, SSR**